ROSA LUXEMBURG STIFTUNG

MARIO CANDEIAS

Alles wird teurer

REPRÄSENTATIVE UMFRAGE ZEIGT STEIGENDE LEBENSHALTUNGSKOSTEN, GRASSIERENDE UNGLEICHHEIT UND SOZIALPOLITISCHE BEDARFE

Das Meinungsforschungsinstitut Verian (ehemals Kantar bzw. Emnid) führte im Auftrag der Rosa-Luxemburg-Stiftung vom 22. bis 28. Januar 2025 eine repräsentative Umfrage in Form von computergestützten telefonischen Interviews über Festnetz und Mobilfunk (Computer Assisted Telephone Interviewing, CATI) durch. Befragt wurden 1.012 Personen in Ost- und Westdeutschland, jeweils zur Hälfte Frauen und Männer. Die Auswertung der von Verian erhobenen Daten erfolgte durch den Autor.

MARIO CANDEIAS ist Referent für sozialistische Transformationsforschung, linke Strategien und Parteien und war bis 2023 Direktor des Instituts für Gesellschaftsanalyse (IfG) der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

FÜR EILIGE LESER*INNEN

Steigende Lebenshaltungskosten, insbesondere erzwungene Mehrausgaben für Energie, Lebensmittel und Mieten, bei gleichzeitigen Reallohnverlusten belasten nicht nur Menschen mit geringem Einkommen immer stärker. Die Angst, «sich das Leben nicht mehr leisten zu können», ist bis in Haushalte der sogenannten Mittelschicht vorgedrungen.
Gleichzeitig nimmt die Ungleichheit weiter zu, weil große Vermögen und Kapitalerträge unzureichend besteuert werden. Von einer Vermögenssteuer und damit einer angemessenen Beteiligung der Reichen an der Finanzierung des Gemeinwesens sind wir trotz großer Zustimmung in der Bevölkerung weiter entfernt denn je.

EINSCHRÄNKUNGEN AUFGRUND STEIGENDER LEBENSHALTUNGSKOSTEN

Aufgrund der aktuellen Energie- und Lebensmittelpreise sowie der steigenden Mieten muss sich etwas mehr als die Hälfte der Befragten (52 %) nach eigener Einschätzung finanziell stark einschränken, im Osten sind es sogar 70 Prozent. Besonders stark einschränken müssen sich Personen mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen unter 1.500 Euro (81 %) bzw. zwischen 1.500 und 2.500 Euro (74 %).
59 Prozent der Befragten fehlen angesichts von Inflation, steigenden Energiepreisen und Mieten mindestens 50 Euro im Monat, um ihren Lebensstandard halten zu können. Mehr als einem Fünftel (22 %) fehlen sogar 250 Euro und mehr.

UNGLEICHHEIT UND BESTEUERUNG VON ÜBERREICHTUM

Die Entwicklung von Löhnen und Sozialleistungen, die kaum noch für ein menschenwürdiges Leben ausreichen, auf der einen Seite und die zum Teil stark gestiegenen Krisen- und Kriegsgewinne großer Unternehmen, insbesondere die Vermögen des «einen Prozents» der Superreichen auf der anderen Seite führen zu einem Auseinanderdriften von Lohn- und Kapitaleinkommen und zu einer stärkeren Ungleichverteilung in der Gesellschaft.

Eine große Mehrheit der Befragten spricht sich für eine stärkere Besteuerung von Multimillionären und Milliardären aus. Obwohl man an die «Reichen und Mächtigen» nicht herankomme (Candeias 2024a: 13), befürworten 80 Prozent der Befragten die Einführung einer Vermögenssteuer.

INVESTITIONEN IN SOZIALE INFRASTRUKTUR UND MEHR GLEICHHEIT

Dem Vorhaben, Investitionen in die soziale Infrastruktur, also Krankenhäuser, Schulen, bezahlbaren Wohnraum etc., durch zusätzliche Kreditaufnahme des Staates zu ermöglichen, stimmten 78 Prozent aller Befragten zu.
Auch eine Lockerung der Schuldenbremse, wenn dadurch Investitionen in die soziale Infrastruktur ermöglicht werden, befürwortet eine Mehrheit der Befragten unabhängig von den Parteipräferenzen. Am deutlichsten fällt die Zustimmung bei den Anhänger*innen der Partei Die Linke (98 %) und bei denen der SPD (94 %) aus, doch selbst potenzielle FDP-Wähler*innen stehen einem solchen Vorhaben mehrheitlich positiv gegenüber (60 %).
Dabei werden Investitionen in mehr soziale Gerechtigkeit befürwortet. Nahezu einhellig sprechen sich die Befragten an erster Stelle für eine ausreichende personelle Ausstattung von Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen sowie Schulen und Kindertagesstätten aus (81 %). An zweiter Stelle folgen der Ausbau des bezahlbaren öffentlichen Wohnungsbaus (54 %) sowie der Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs und der Schiene (52 %).
Menschen mit geringeren Haushaltsnettoeinkommen unterstützen nicht nur besonders oft die Forderung nach mehr Personal im Gesundheits- und Erziehungswesen, sondern auch die nach mehr bezahlbarem Wohnraum (61 %) sowie einer ökologischen Modernisierung von Wohngebäuden ohne Mieterhöhung (also ohne Umlage der Modernisierungskosten durch den Vermieter; 43 %). Letzteres wird überdurchschnittlich stark von potenziellen Wähler*innen der Partei Die Linke priorisiert (53 %).

ALLES WIRD TEURER

Seit der Corona-Pandemie geht die Schere der Ungleichheit in der Bundesrepublik immer weiter auf. Mit der Energiekrise infolge des Ukraine-Kriegs und der daraufhin einsetzenden angebotsgetriebenen Inflation (Hickel 2022) vor allem bei Energie und Lebensmitteln kommt es zu einem Anstieg der Lebenshaltungskosten. Davon sind besonders ärmere Haushalte betroffen, weil Grundgüter des täglichen Bedarfs hier einen wesentlich höheren Anteil des verfügbaren Einkommens aufbrauchen als bei Haushalten mit höheren Einkommen. «Über den 5-Jahres-Zeitraum seit Oktober 2019 war die Teuerungsrate für einkommensschwache Familien mit 20,9 Prozent im Haushaltsvergleich am höchsten, gefolgt von Paaren mit Kindern und mittleren Einkommen, die eine Inflation von insgesamt 20,3 Prozent schultern mussten.» (IMK 2024a) Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke verteuerten sich im selben Zeitraum sogar um 37,1 Prozent, Energie war trotz der deutlichen Preisrückgänge in letzter Zeit um 37,3 Prozent teurer als im Oktober 2019 (ebd.).
Hinzu kommen: kontinuierlich steigende Mieten, das Ende der Sozialbindungspflicht, drohende Modernisierungsmaßnahmen, dazu die sinkende Kulanz von Vermietern gegenüber Familien mit Mietrückständen (insbesondere von Immobilienkonzernen wie Vonovia), Nachzahlungen im Zuge der nach der Energiepreiskrise dauerhaft hohen Strom- und Gaskosten, die nur noch mit Schulden beglichen werden (oder eben gar nicht und dann zu vermehrten Stromabschaltungen führen), dazu die Ankündigung einer Wärmewende, deren Kosten die Vermieter wieder auf die Miete umlegen wollen. Der Anteil der Wohnkosten der armutsgefährdeten Bevölkerung liegt seit Jahren um die 50 Prozent des verfügbaren Haushaltseinkommens (Destatis 2020). Laut Deutschem Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) hat sich der Anteil der Haushalte, die mehr als 40 Prozent ihres Einkommens für die Miete ausgeben müssen, von 1991 bis 2021 verdreifacht: von 5 auf 14 Prozent.[1] Die Mieten steigen seit Jahren, wobei Berlin mit einer Erhöhung von 102 Prozent zwischen 2014 und 2023 hier Spitzenreiter ist (vgl. Lemkemeyer 2024). Doch längst trifft es nicht nur die Großstädte. Nach Daten des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) waren im Jahr 2022 die Haushalte in 394 von 401 deutschen Landkreisen und kreisfreien Städten von durchschnittlichen Mietpreissteigerungen von rund 6 Prozent betroffen. Bei den Bundesländern lag

1 Vgl. www.spiegel.de/wirtschaft/wohnkosten-deutsche-geben-gut-ein-viertel-des-einkommens-fuers-wohnen-aus-a-b94c294a-d96a-4fa0-a64f-791e0f373404

Mecklenburg-Vorpommern mit einer Steigerungsrate von 10,3 Prozent vorn (Rostock stand mit 31 % an erster Stelle), gefolgt von Brandenburg (9,1 % insgesamt, im brandenburgischen Landkreis Havelland 29 %) und Berlin (8,3 %; vgl. Masengarb 2022).
Verschlimmert wird diese Kostenbelastung durch eine nachteilige Entwicklung der Reallöhne. Die Anhebung des gesetzlichen Mindestlohns zum 1. Januar 2024 von 12,00 Euro auf gerade einmal 12,41 Euro (und um weitere 41 Cent zum 1. Januar 2025) bleibt weit hinter den Reallohnverlusten zurück. Entsprechend einer neuen EU-Richtlinie müsste der Mindestlohn weiter erhöht werden. Ein Antrag der Fraktion Die Linke im Bundestag vom November 2023, den Mindestlohn auf 14 Euro pro Stunde anzuheben, wurde jedoch auch von SPD und Bündnis 90/Die Grünen abgelehnt, obwohl sie die Forderung selbst teilen. Die Reallöhne sind dank besserer Tarifabschlüsse zwar insgesamt im Jahr 2024 endlich wieder gestiegen. «Die Kaufkraftverluste der Vorjahre konnten damit etwa zur Hälfte kompensiert werden. Insgesamt liegt das preisbereinigte Niveau der Tariflöhne jedoch immer noch deutlich unter dem Spitzenwert des Jahres 2020», so das Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Institut (2024) der Hans-Böckler-Stiftung. Beschäftigte, die nicht nach Tarif bezahlt werden, vor allem im Niedriglohnsektor, bleiben hinter diesen Steigerungen zurück.
Diese Entwicklungen treffen immer stärker auch Haushalte der sogenannten Mittelschicht. Haushalte im prekären Bereich rutschen ab. Denn die Inflationsrate ist zwar zurückgegangen, aber die geringere Rate trifft auf ein bereits stark erhöhtes Preisniveau. Die Preise für lebenswichtige Güter gehen nicht oder kaum zurück. Nachzahlungen bei Energie- und Nebenkosten der Miete zehren die Rücklagen auch in der Mitte der Gesellschaft auf. In den unteren Teilen der Arbeiter*innenklasse sind Rücklagen gar nicht erst vorhanden. «Der exorbitante Anstieg der Lebenshaltungskosten [ist] von größter armutspolitischer Bedeutung, da solch hohe Kaufkrafteinbußen im untersten Einkommenssegment dazu führen, dass der Realwert von Sozialtransfers wie Grundsicherung, Wohngeld oder BAföG sinkt. Das sogenannte soziokulturelle Existenzminimum, das mit den Regelsätzen in der Grundsicherung abgedeckt werden soll, kann damit gar nicht mehr erreicht werden.» (Paritätischer Gesamtverband 2024: 19) Studien belegen, dass mit den aktuellen Bürgergeldsätzen kein gesundes Essen zu finanzieren ist (vgl. Schneider 2024). Der Kaufkraftverlust trifft immer mehr Menschen auch mit niedrigen bis mittleren Löhnen hart.

PERSÖNLICHE EINSCHRÄNKUNGEN AUFGRUND STEIGENDER LEBENSHALTUNGSKOSTEN

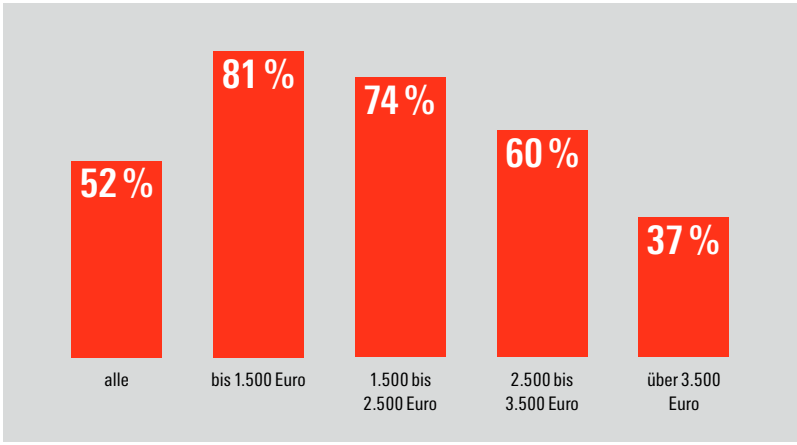
FRAGE 1

Wie sehr trifft der folgende Satz auf Sie zu? «Wegen der gegenwärtigen Preise für Energie und Lebensmittel sowie steigender Mieten muss ich mich finanziell stark einschränken.» Antwortmöglichkeiten: Trifft zu: 1: ja, sehr, 2: ja, schon, 3: teils/teils, 4: kaum/nein.

Wegen der gegenwärtigen Preise für Energie und Lebensmittel und steigender Mieten muss sich etwas mehr als die Hälfte der Befragten (52 %) nach eigener Einschätzung finanziell stark einschränken, im Osten sind es sogar 70 Prozent.

Besonders auffällig ist der Anstieg derjenigen, die sich einschränken müssen, in den Gruppen mit einem Haushaltsnettoeinkommen von 1.500 bis 2.500 Euro. Während vor zwei Jahren noch 60 Prozent der Befragten in dieser Einkommensgruppe anführten, sich «finanziell einschränken» (Antwort 2) zu müssen (vgl. Candeias 2023), sind es heute 74 Prozent, die angeben, sich «stark finanziell einschränken» (Antwort 1) zu müssen.

Abbildung 1: Anteil der Befragten (in Prozent), die angaben, sich stark finanziell einschränken zu müssen, nach monatlichem Haushaltsnettoeinkommen



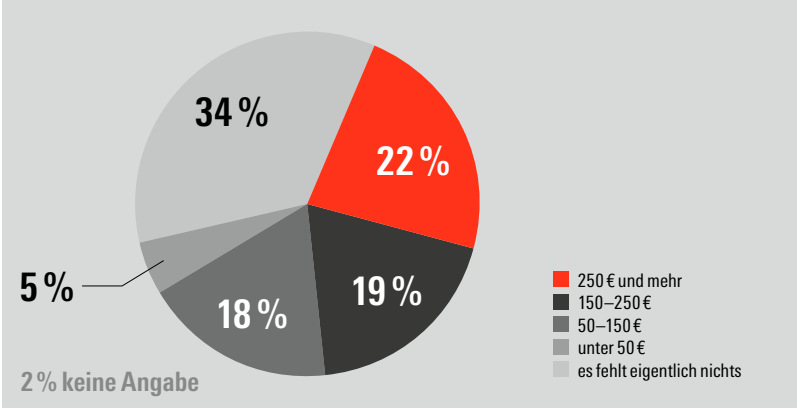
FRAGE 2

Wie viel Geld fehlt in Ihrem Haushalt monatlich, um den Lebensstandard, den Sie vor den starken Preissteigerungen hatten, zu halten? Würden Sie sagen, Ihnen fehlt eigentlich nichts, Ihnen fehlen unter 50 Euro, 50 bis 150 Euro, 150 bis 250 Euro oder 250 Euro und mehr?

59 Prozent der Befragten gaben an, es fehlen ihnen im Monat mindestens 50 Euro, um angesichts von Inflation sowie steigenden Energiepreisen und Mieten ihren Lebensstandard halten zu können. Über einem Fünftel (22 %) fehlen monatlich sogar 250 Euro und mehr.

Wenig überraschend sind Menschen mit geringen Einkommen diejenige Gruppe, die am häufigsten anführt (39 %), es fehlen ihnen monatlich 250 Euro und mehr, um über die Runden zu kommen. Aber auch etliche Haushalte mit einem Einkommen bis 2.500 Euro (26 %) und sogar bis 3.500 Euro (23 %) befinden sich in dieser prekären Lage. Das gilt insbesondere für Haushalte im Osten, für Haushalte mit mehr als vier Personen, für solche mit Frauen als Familienernährerinnen und tendenziell für solche mit einem geringeren formalen Bildungsgrad. Hier wird die intersektionale Überlagerung von Einkommensklasse, Bildung und Geschlecht besonders deutlich.

Abbildung 2: Antworten auf die Frage, wie viel Geld den Haushalten monatlich fehlt, um den Lebensstandard, den sie vor den starken Preissteigerungen hatten, zu halten



Die finanzielle Unsicherheit macht vielen Menschen Angst: «Zunehmend berichteten Beratungsstellen von der wachsenden Verzweiflung derer, die schlechterdings nicht mehr wussten, wie sie mit ihren Familien überhaupt noch finanziell das Ende des Monats erreichen sollen, wie sie ihre Stromrechnungen oder ihre Mieten zahlen sollen.» (Paritätischer Gesamtverband 2024: 19)

Eine Verkäuferin aus Berlin-Wedding bringt es in einer geraden erschienenen Studie der Rosa-Luxemburg-Stiftung auf den Punkt: Sie muss ein Kind versorgen, arbeitet in Teilzeit und verfügt über ein Haushaltsnettoeinkommen von circa 1.800 Euro. Die Lebenshaltungskosten machen ihr zu schaffen: «Kein Urlaub drin, kein Auto, Supermarkt teuer, Pulli und Decken statt Heizen, […] schwer, 'nen Termin beim Arzt zu bekommen, […] die Angst vor Wohnungsverlust.» Dies alles verdichtet sich zu der Sorge, dass es für «das Nötigste zum Leben» bald nicht mehr reicht. Politik hat daher für sie «nichts mehr mit den kleinen Leuten zu tun» (zit. nach Candeias 2024a: 14). Ein Briefträger aus Berlin-Wedding, Mitte 40, mit zwei Kindern und einem Nettoeinkommen von unter 2.500 Euro, ergänzt: «Das Geld reicht gerade so, man muss jeden Cent zweimal umdrehen, alles wird teurer». (Zit. nach ebd.: 16)

Die Probleme sind nicht neu und als belastende Faktoren lange bekannt. Doch wie sehr sich diese Probleme verdichten, wie stark der Druck steigt und aus Sorgen Ängste werden, erreicht eine neue Qualität. Viele teilen die Auffassung, dass die gegenwärtige Politik in die «falsche» Richtung gehe – und vor dem eigenen Erfahrungshintergrund eigentlich noch nie «in ihrem Sinne» gewesen sei. Zusammenhalt und Solidarität seien verloren gegangen, die Konkurrenz nehme zu. Hinzu kommen für viele Befragte persönliche Anfeindungen aufgrund des vermeintlich leistungslosen Bezugs von Transfereinkommen und die Erwartung, dass solche Leistungen in Zukunft niedriger ausfallen werden bzw. mit verschärften Sanktionen verbunden sein könnten. All diese Punkte verdichten sich zu einer neuartigen Empfindung von Angst: der Angst davor, sich das «Leben nicht mehr leisten zu können» (zit. nach ebd.).

Eine Bürgergeldempfängerin aus Köln-Chorweiler erklärt: «Angst macht mir die Hetze gegen Leute wie mich, die Sozialhilfe bekommen.» (Zit. nach ebd.: 6) Sie selbst sei gesundheitlich angeschlagen, ihre Möglichkeiten, einer Erwerbsarbeit nachzugehen, seien eingeschränkt. «Und trotzdem bekommt man vermittelt, ich wäre faul, arbeitsscheu, will nur abkassieren […] Das ist ja jetzt nicht nur die AfD oder CDU/CSU, das sind ja fast alle, das Fernsehen, die Nachrichten, auch das eigene Umfeld […], da wird nach unten getreten, als gäb's keine anderen Probleme […] Für anderes können die aber Milliarden raushauen […] Es reicht doch nicht mal mehr für vernünftig was zu essen, wo soll denn das enden?» (Zit. nach

ebd.) Die herrschende Politik hat nicht nur nichts oder wenig mit den Interessen der Befragten zu tun, sie richtet sich sogar vermehrt direkt gegen sie, so ihr Eindruck.
Durch alle Antworten dringt das Leiden an fehlender Anerkennung und mangelndem Respekt für das Leben unter schwierigen Bedingungen und für die Anstrengungen, auch unter benachteiligenden Verhältnissen einen Beitrag für die Gesellschaft zu leisten. Dies verbindet sich bei vielen Befragten mit der fehlenden Perspektive auf eine Verbesserung der eigenen Situation sowie der politischen Verhältnisse insgesamt (vgl. ebd.: 14).

UNGLEICHHEIT UND BESTEUERUNG VON ÜBERREICHTUM

Die Entwicklung von Löhnen und Sozialleistungen, die kaum noch für ein würdiges Leben ausreichen, auf der einen Seite und teilweise stark ansteigende Krisen- und Kriegsgewinne großer Unternehmen, insbesondere von Vermögen des «einen Prozents» der Superreichen, auf der anderen Seite führen zu einer Auseinanderentwicklung von Lohn- und Kapitaleinkommen und zu einer stärkeren Ungleichverteilung in der Gesellschaft.
Über Jahre wurden trotz Pandemie und Energiepreiskrise hohe Extraprofite realisiert und Rekorddividenden an Aktionäre ausgezahlt. Die größten Firmen haben ihre Gewinne 2021 und 2022 um 89 Prozent gesteigert. Trotz aktueller Wirtschaftskrise war auch das Jahr 2024 für Unternehmen ein ausgesprochen gutes Jahr, 18 Prozent legte der Börsenindex Dax zu (vgl. Gojdka 2024). Aktuelle Gewinneinbrüche bei den Autobauern spiegeln nicht die Rentabilität der großen Unternehmen wider (und auch bei VW und Co geht es nicht um Verluste, sondern um geringere Milliardenprofite als erwartet). Mit 61,4 Milliarden Euro wird bei den Unternehmen im Dax und M-Dax zum dritten Mal in Folge ein Rekord bei der Ausschüttung von Dividenden erreicht. Davon entfällt übrigens ein ganzes Drittel auf die Autokonzerne; für das Jahr 2025 schätzt die DekaBank das Volumen auf 59 Milliarden Euro (vgl. Rüppel 2024).
Entsprechend stiegen auch die Vermögen der Überreichen weiter an. Um 26,8 Milliarden US-Dollar ist das Vermögen der deutschen Milliardäre im letzten Jahr gewachsen, neun weitere wurden in den exklusiven Club der inzwischen 130 deutschen Milliardäre aufgenommen. Das ergibt der neue Ungleichheitsbericht, den Oxfam (2025) pünktlich zum Weltwirtschaftsforum in Davos veröffentlicht hat. Milliardäre in Deutschland zahlen durchschnittlich 26 Prozent Steuern und Abgaben, während Familien mit durchschnittlichem Einkommen 43 Prozent an Steuern und Abgaben zahlen. Das Statistische Bundesamt attestiert denn auch: «Deutschland

zählt damit im Europäischen Vergleich zu den Spitzenreitern in Sachen Ungleichheit.» (Zit. nach Poelchau 2025)
Dies wird in vielfältiger Weise als Verletzung des Leistungsprinzips, als unverdienter Reichtum, verweigerter Ausgleich, als zynische Ignoranz der Herrschenden gegenüber Bedürftigkeit verstanden (vgl. Candeias 2024a: 12). Oder wie es ein Auszubildender aus der Göttinger Weststadt formuliert: «Ist schon ungerecht, was manche sich so leisten können […] Ich finde schon, dass es irgendwie gerechter sein müsste, so insgesamt […] Wie haben denn manche so ihre Millionen gemacht? Geerbt. Die haben doch nix gemacht, gearbeitet oder so. Wissen die überhaupt, wie das geht?» (Zit. nach ebd.: 16)

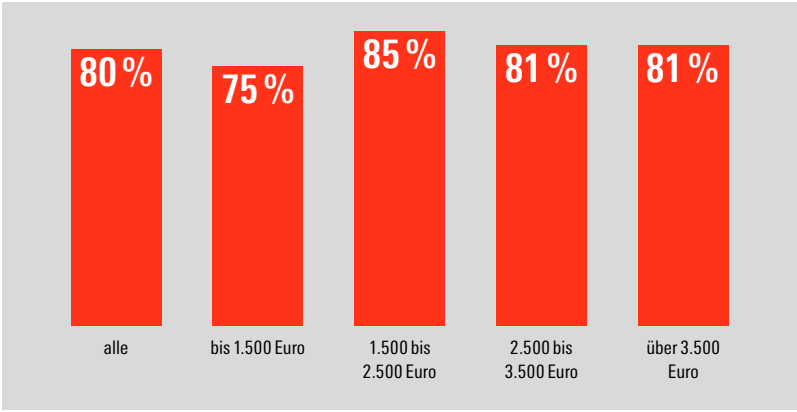
FRAGE 3

Wie sehr trifft der folgende Satz auf Sie zu? «Ich befürworte die Einführung einer Vermögenssteuer für Multimillionäre und Milliardäre.» Antwortmöglichkeiten: 1: sehr dafür; 2: eher dafür; 3: eher dagegen; 4: sehr dagegen.

Eine übergroße Mehrheit ist für die höhere Besteuerung von Multimillionären und Milliardären. Obwohl man an die «Reichen und Mächtigen» nicht herankomme (Candeias 2024a: 13), befürworteten 80 Prozent der Befragten die Einführung einer Vermögenssteuer.

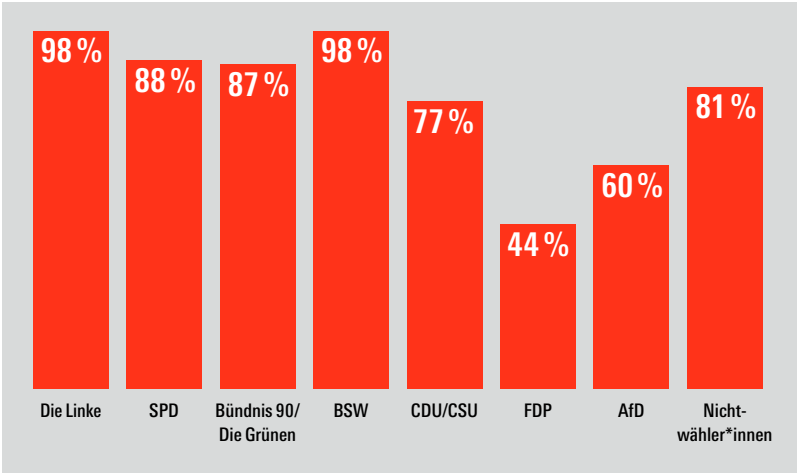
Das ist sogar etwas mehr als im Jahr 2022, auf dem Höhepunkt der Energiepreiskrise, als sich noch 73 Prozent der Befragten dafür aussprachen (Candeias 2023). Die Erwartung, eine Rückverteilung von Vermögen sei durchsetzbar, ist aber gerade bei Menschen mit geringen Einkommen ein wenig geschwunden (75 % gegenüber 86 % noch im letzten Jahr; vgl. Die Linke 2024). Die Zustimmung zur Vermögenssteuer bleibt aber auch in dieser Gruppe hoch und ist in den oberen Einkommensklassen noch gestiegen. Insbesondere Frauen sprechen sich sehr deutlich für eine Vermögenssteuer aus: Der Anteil von Frauen, die diese *sehr* befürworten, liegt bei 71 Prozent gegenüber 47 Prozent bei Männern.

Abbildung 3: Zustimmungswerte für die Forderung nach Einführung einer Vermögenssteuer nach monatlichem Haushaltsnettoeinkommen



Die Einstellung, Ungleichheit sollte mittels Einführung einer Vermögenssteuer verringert werden, ist seit Jahren unabhängig von Parteipräferenzen weitverbreitet. Die Zustimmung liegt bei fast allen Parteianhänger*innen bei über drei Vierteln der Befragten. Ausnahmen sind hier die AfD und die FDP. Nur bei FDP-Anhänger*innen findet sich keine klare Mehrheit für eine Vermögenssteuer.

Abbildung 4: Zustimmungswerte für die Forderung nach Einführung einer Vermögenssteuer nach Parteipräferenzen bzw. Wahlverhalten



Tatsächlich fordern SPD wie Bündnis 90/Die Grünen in diesem Wahlkampf wieder einmal die Einführung einer Vermögenssteuer. Potenzielle Mehrheiten dafür nutzen beide Parteien jedoch seit Jahren nicht. Ein Vorstoß der Linken im Bundestag zur Einführung einer Vermögensabgabe für Multimillionäre und Milliardäre ist von den anderen Fraktionen zuletzt am 10. November 2022 im Parlament zurückgewiesen worden.[2]

INVESTITIONEN IN SOZIALE INFRASTRUKTUR UND FÜR MEHR GLEICHHEIT

Die Ampelregierung ist nicht zuletzt an der harten Haltung der FDP und von Finanzminister Christian Lindner zur Schuldenbremse gescheitert. Damit wurden dringende Investitionen für die Energie- und Mobilitätswende, die Transformation der Industrie und den Wiederaufbau einer resilienten sozialen Infrastruktur und Daseinsvorsorge blockiert. Insofern stellt sich die Frage, wie diese Bedarfe finanziert werden sollen.
Das Institut der deutschen Wirtschaft (IW) und das Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) der Hans-Böckler-Stiftung beziffern den Bedarf an notwendigen Investitionen in Infrastruktur, Wirtschaft und Gesellschaft auf 600 Milliarden Euro in den nächsten zehn Jahren (IMK 2024b). Die Linke befürwortet in ihrem Wahlprogramm die «Abschaffung der Investitionsbremse» (Schuldenbremse), um diese Investitionen zu finanzieren. Doch wie sieht die Meinung in der Bevölkerung dazu aus, insbesondere mit Blick auf Investitionen in die soziale Infrastruktur?

2 Vgl. www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2022/kw45-de-vermoegensabgabe-920034

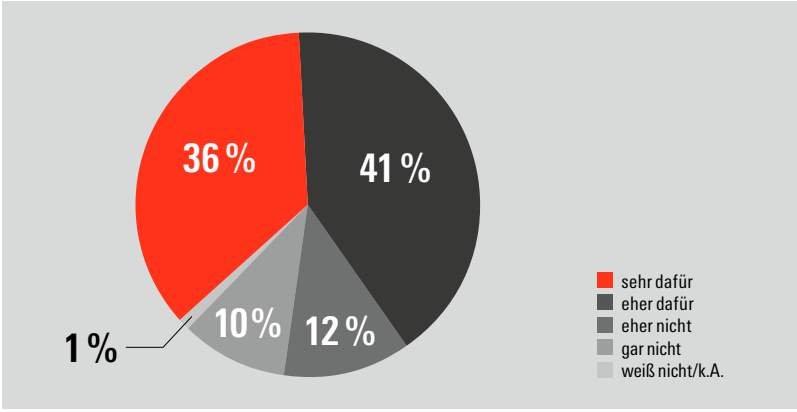
FRAGE 4

Wie sehr trifft der folgende Satz auf Sie zu?
«Ich befürworte eine höhere Verschuldung des Staates, wenn damit die Investitionen in die Leistungen der Daseinsvorsorge wie Krankenhäuser, Wasserversorgung oder Energie erhöht werden.»
Antwortmöglichkeiten: 1: sehr dafür; 2: eher dafür; 3: eher dagegen; 4: sehr dagegen.

Dem Vorhaben, mit zusätzlichen Kreditaufnahmen vonseiten des Staates Investitionen in die soziale Infrastruktur, also Krankenhäuser, Schulen, bezahlbaren Wohnraum etc., zu ermöglichen, stimmten 78 Prozent der Befragten zu.

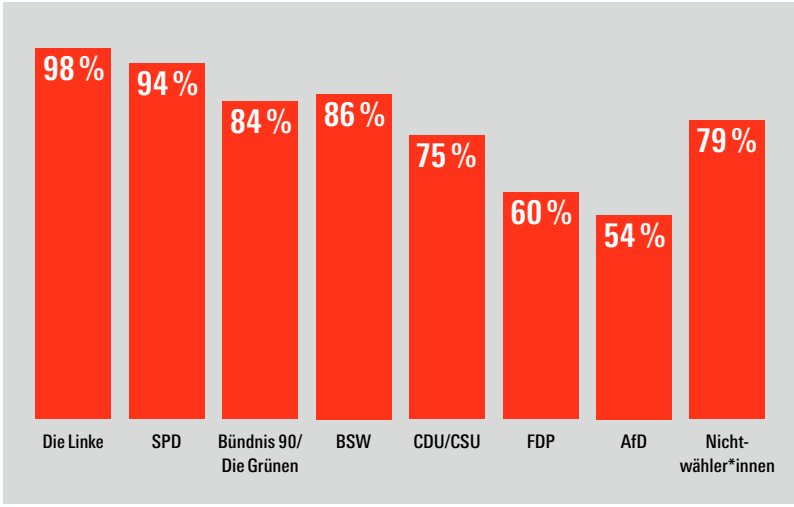
Die Zustimmung ist quer durch alle Einkommensklassen hoch, in Ost wie West. Frauen befürworten diese Forderung tendenziell stärker (85 %) als Männer (71 %).

Abbildung 5: Zustimmungswerte für das Vorhaben, mittels höherer Verschuldung die Daseinsvorsorge zu verbessern, unter allen Befragten



Für die Forderung, die Schuldenbremse zu lockern, wenn damit Investitionen in die soziale Infrastruktur ermöglicht werden, gibt es deutliche Mehrheiten bei allen Parteianhänger*innen. Am deutlichsten ist die Zustimmung bei Anhänger*innen der Linken (98 %) und der SPD (94 %), doch selbst potenzielle FDP-Wähler*innen stimmen der Forderung mehrheitlich zu (60 %)

Abbildung 6: Zustimmungswerte für das Vorhaben, mittels höherer Verschuldung die Daseinsvorsorge zu verbessern, nach Parteipräferenzen bzw. Wahlverhalten

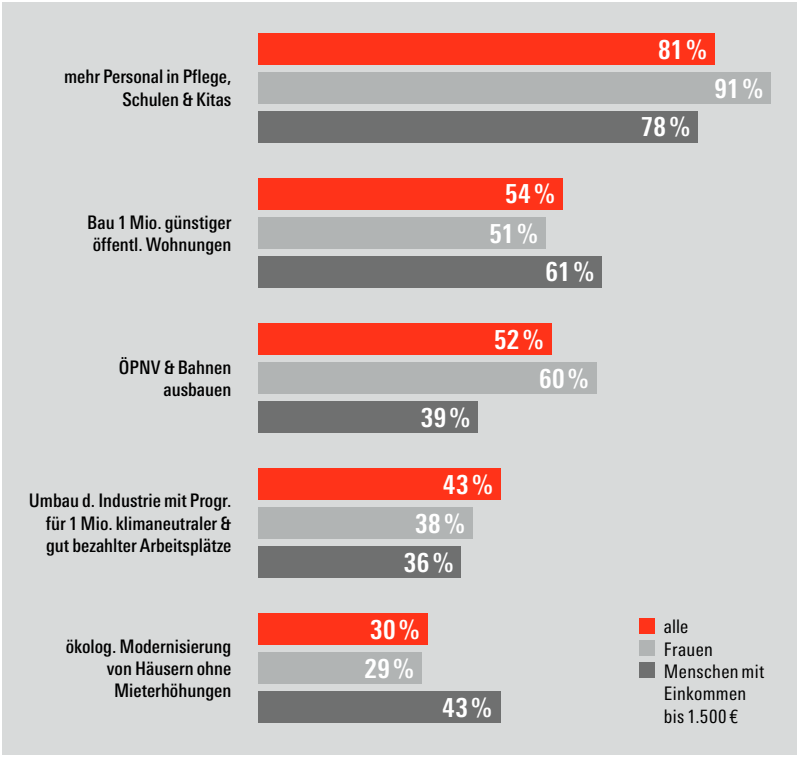


Und wo sieht die Bevölkerung die größten Bedarfe, wenn mit einer Besteuerung großer Vermögen und/oder eine höhere Staatsverschuldung durch Reform oder Abschaffung der Schuldenbremse zusätzliche Mittel für Sozialleistungen in die öffentlichen Haushalte kämen? Wo sollte zuerst investiert werden?

FRAGE 5

Wo sollte zuerst investiert werden? Was sind ihre Prioritäten? Wählen Sie maximal drei Antworten aus den aufgeführten Forderungen aus.

Abbildung 7: Antworten auf die Frage, wo sollte zuerst investiert werden, unterschieden nach allen Befragten, Geschlecht und Einkommen



Nahezu einmütig nennen die Befragten hier zuerst Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen sowie Schulen und Kitas, ausgestattet mit ausreichend Personal (81 %). Über die Parteipräferenzen hinweg werden die Prioritäten hier ähnlich gesetzt, mit Werten zwischen 72 Prozent (AfD) und 89 Prozent (Die Linke) bzw. 91 Prozent (CDU/CSU). Auf dem zweiten Platz folgt der Ausbau bezahlbaren, öffentlichen

Wohnraums (54 %) sowie der Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs und der Bahn (52 %). Dies sind zugleich Investitionen in mehr gesellschaftliche Gleichheit.

Frauen priorisieren überdurchschnittlich stark Investitionen für mehr Personal in der Pflege, in Schulen und Kitas (91 %). Sie arbeiten selbst nicht nur wesentlich häufiger als Männer in diesen Bereichen. Sie sind auch bei der Erziehung von Kindern oder bei der Pflege von Familienmitgliedern besonders stark auf Leistungen und Angebote dieser Sektoren und Einrichtungen angewiesen.

Menschen mit geringeren Haushaltsnettoeinkommen unterstützen nicht nur besonders oft die Forderung nach mehr Personal im Gesundheits- und Erziehungswesen, sondern sprechen sich auch überdurchschnittlich stark für bezahlbaren Wohnraum (61 %) sowie eine ökologische Modernisierung der Wohnhäuser ohne Mieterhöhungen (also ohne Umlage der Modernisierungskosten durch die Eigentümer; 43 %) aus.

Die steigenden Mieten sind für die unteren Einkommensklassen zu einem existenziellen Problem geworden. Ein bundesweiter Mietendeckel oder zumindest eine Öffnungsklausel für besonders betroffene Länder und Kommunen wäre mehr als angezeigt (Holm 2024 u. 2025) und wird von einem breiten Bündnis «Mietendeckel jetzt!» auch gefordert.[3]
Mit ökologischen Modernisierungen und anderen im Zuge der Wärmewende anstehenden Maßnahmen drohen weitere Mietsteigerungen durch die Umlage der Kosten von den Eigentümer*innen auf die Mieter*innen. Dennoch befürworten nicht zuletzt Menschen mit geringen Einkommen die ökologische Modernisierung. Diese Forderung wird überdurchschnittlich stark von potenziellen Wähler*innen der Partei Die Linke erhoben (53 %). Ein Handwerker aus Leipzig-Lößnig, Anfang 50, verdeutlicht das Problem: «Die Hitze macht mir schon oft zu schaffen auf der Baustelle, auch in der Wohnung hier, oder im Garten das Wasser, das ist schon real mit dem Klimawandel. Aber es kann ja nicht immer alles teurer werden.» (Zit. nach Candeias 2024a: 15) Dass eine Wärmewende ökologisch und zugleich sozial gestaltet sein kann, dafür liegen zahlreiche Konzepte und Argumente vor (Kuhn 2023; vgl. auch Staudt 2024).

3 Vgl. https://mietendeckel-jetzt.org/

FAZIT

Steigende Lebenshaltungskosten, insbesondere erzwungene Mehrausgaben für Energie, Lebensmittel und Mieten, bei gleichzeitigen Reallohnverlusten belasten nicht nur Menschen mit geringem Einkommen immer stärker. Die Angst, «sich das Leben nicht mehr leisten zu können», ist bis in Haushalte der sogenannten Mittelschicht vorgedrungen. Preis- oder Mietendeckel werden von der herrschenden Politik aber nicht erwogen.
Zugleich steigt die Ungleichheit weiter, weil große Vermögen und Kapitaleinkünfte unzureichend besteuert werden. Von einer angemessenen Beteiligung der Reichen an der Finanzierung des Gemeinwesens sind wir weiter denn je entfernt – trotz großer Befürwortung der Forderung nach Einführung einer Vermögenssteuer in der Bevölkerung. Auch SPD und Bündnis90/Die Grünen fordern in diesem Wahlkampf wieder einmal eine Vermögenssteuer. Einen ernsthaften Vorstoß in diese Richtung gab es mit Ausnahme von der Partei Die Linke in den vergangenen Jahren jedoch nie. Friedrich Merz verspricht als Kanzlerkandidat der CDU/CSU zwar eine Öffnung der Schuldenbremse für Investitionen. Gemeint sind aber vor allem Ausnahmen für Rüstungsinvestitionen und Industriesubventionen. Geld für die notwendigen Investitionen in die soziale Infrastruktur und für mehr Personal ist von seiner Seite nicht vorgesehen.
Obwohl die Bevölkerung bei Investitionen in die soziale Infrastruktur die höchsten Bedarfe sieht, ist von der kommenden Regierung eine spät-neoliberale Kürzungsoffensive bei Bürgergeld und Ausgaben für die Daseinsvorsorge zu erwarten. Mit Fake News werden Steuerzahler*innen gegen Arbeitslose oder Migrant*innen «in Stellung gebracht und die Solidarität in dieser Gesellschaft untergraben, um sich selbst als Sachwalter der Interessen der ‹hart arbeitenden› und ‹steuerzahlenden› Mitte inszenieren zu können» (Schneider 2024: 36 f.).
Die Ungleichheit wird dadurch noch weiter wachsen, wesentliche Bedürfnisse der Bevölkerung werden ignoriert. Für Menschen, die jetzt schon kaum mehr wissen, wie sie mit ihren Einkommen bis zum Ende des Monats auskommen sollen, wird dies zu einer existenziellen Bedrohung. Aus Sorgen werden manifeste Ängste. Eine Krankenpflegerin aus Leipzig-Lößnig beschreibt das so: «Das geht alles in die falsche Richtung. [Es] macht mir Angst.» Immer größere Teile der Bevölkerung stellen fest, dass «die Politik nicht nur weit weg von ihnen stattfindet, sondern an vielen Stellen auch gegen sie gerichtet ist» (zit. nach Candeias 2024a: 26 u. 16).
Das Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Institut (WSI) der Hans-Böckler-Stiftung warnt, dass auf diese Weise das «demokratische Grundprinzip ausgehöhlt» wird (Brülle/Spannagel 2023: 89). Politische Teilhabe setzt ja nicht nur politisches Interesse, sondern «auch das Gefühl voraus,

durch dieses Handeln Einfluss ausüben zu können» (ebd.: 3). Diese «mangelnde Responsivität» (Schäfer/Zürn 2021: 93) der Politik befördert den jahrelangen Trend der Demobilisierung der Armen und Ausgebeuteten sowie eine (klassenübergreifende) Remobilisierung aufseiten der radikalen Rechten. Der daraus resultierende Fatalismus wird zum Treibmittel der Faschisierung in Deutschland (Candeias 2024b).

LITERATUR

Brülle, Jan/Spannagel, Dorothee (2023): Einkommensungleichheit als Gefahr für die Demokratie, WSI Verteilungsbericht 2023, WSI-Report Nr. 90, www.wsi.de/fpdf/HBS-008729/p_wsi_report_90_2023.pdf

Candeias, Mario (2023): Große Mehrheit für Umverteilung. Repräsentative Umfrage zeigt wachsende Existenzängste und hohe Zustimmung zu Vermögens- und Übergewinnsteuer, Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin, https://www.rosalux.de/publikation/id/49930/grosse-mehrheit-fuer-umverteilung

Candeias, Mario (2024a): Wählen macht doch (k)einen Unterschied. Klassenförmige De- und Re-Mobilisierung bei Nichtwähler*innen, Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin, https://www.rosalux.de/publikation/id/52972/waehlen-macht-doch-keinen-unterschied

Candeias, Mario (2024b): Tiefenverspannungen und moralische Paniken. Vom Auseinanderfallen gesellschaftlicher und gefühlter Problemlagen, in: LuXemburg 2/2024, https://zeitschrift-luxemburg.de/artikel/tiefenverspannungen-und-moralische-paniken/

Destatis (2020): Anteil der Wohnkosten am verfügbaren Haushaltseinkommen, 29.10.2020, www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Wohnen/Tabellen/eurostat-anteil-wohnkosten-haushaltseinkommen-silc.html

Gojdka, Victor (2024): Der deutsche Leitindex überspringt die Marke von 20.000 Punkten. Doch bei näherem Hinsehen zeigt sich: Nur eine Handvoll Titel treiben den Index. Wie gefährlich ist das?, in: Süddeutsche Zeitung, 3.12.2024, https://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/dax-rekord-aktien-index-li.3159436?reduced=true

Hickel, Rudolf (2022): Preistreiberei und Inflation. Ursachenfundiert gegen die neuen Triebkräfte der sozialen Spaltung, hrsg. von der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik und attac Deutschland, 4.9.2022, www.alternative-wirtschaftspolitik.de/de/article/10656778.preistreiberei-inflation.html

Holm, Andrej (2024): Bundesweit die Mieten deckeln. Das Konzept für einen bundesweiten Mietendeckel liegt auf dem Tisch – es müsste nur umgesetzt werden, Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin, https://www.rosalux.de/news/id/52917/bundesweit-die-mieten-deckeln

Holm, Andrej (2025): Schöner Deckeln! Mythen und Fakten zum bundesweiten Mietendeckel, Reihe luxemburg argumente, Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin, https://www.rosalux.de/publikation/id/52966/schoener-deckeln

IMK – Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (2024a): Inflationsmonitor, IMK Policy Brief Nr. 182, www.imk-boeckler.de/de/pressemitteilungen-15992-teuerungswelle-wirkt-nach-64816.htm

IMK – Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (2024b): 600 Milliarden Euro staatliche Extra-Investitionen über 10 Jahre können öffentliche Infrastruktur und Wirtschaft zukunftsfähig machen, Pressemitteilung vom 14.5.2024, https://www.imk-boeckler.de/de/pressemitteilungen-15992-600-milliarden-euro-staatliche-extra-investitionen-60422.htm

Kuhn, Armin (2023): Klimagerechte Nachbarschaften. Vorschlag für eine ökologische Klassenpolitik beim Wohnen, in: LuXemburg, März 2023, https://zeitschrift-luxemburg.de/artikel/klimagerechte-nachbarschaften/

Lemkemeyer, Sven (2024): Kosten in Berlin verdoppelt: Mieten in deutschen Großstädten seit 2014 massiv gestiegen, in: Der Tagesspiegel, 24.11.2024, www.tagesspiegel.de/politik/kosten-in-berlin-verdoppelt-mieten-in-deutschen-grossstadten-seit-2014-massiv-gestiegen-12760355.html

Masengarb, Christian (2022): So stark steigen die Mieten in ihrem Landkreis oder ihrer Stadt, Focus Online, 14.12.2022, www.focus.de/finanzen/keineentspannung-absehbar_id_180453213.html

Oxfam (2025): Ungleichheitsbericht 2025. Milliardärsmacht beschränken, Demokratie schützen, Autor*innen: Manuel Schmitt, Tobias Hauschild, Steffen Vogel und Leonie Petersen, Berlin, https://www.oxfam.de/system/files/documents/oxfam-factsheet-davos-2025-milliardaersmacht-beschraenken-demokratie-schuetzen.pdf

Paritätischer Gesamtverband (2024): Armutsbericht 2024. Armut in der Inflation, Berlin, www.der-paritaetische.de/fileadmin/user_upload/Publikationen/img/Paritaetischer_Armutsbericht_2024.pdf

Poelchau, Simon (2025): Geldvermögen auf 9,3 Billionen Euro gestiegen, in: die tageszeitung, 2.1.2025, https://taz.de/Reichtum-in-Deutschland/!6056586/

Rüppel, Werner (2024): Die Dax-Dividenden bleiben mit mehr als 52 Mrd. Euro auch 2025 auf hohem Niveau, in: Börsenzeitung, 23.12.2024, www.boersen-zeitung.de/kapitalmaerkte/die-dax-dividenden-bleiben-mit-52-milliarden-euro-auch-2025-auf-hohem-niveau

Schäfer, Armin/Zürn, Michael (2021): Die demokratische Regression. Die politischen Ursachen des autoritären Populismus, Berlin

Schneider, Ulrich (2024): Unsere soziale Hängematte. Mythen und Fakten zum Bürgergeld, Reihe luxemburg argumente, Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin, https://www.rosalux.de/publikation/id/52882/unsere-soziale-haengematte

Staudt, Elisabeth (2024): Wohnen muss beheizbar bleiben! Mythen und Fakten zur Wärmewende, Reihe luxemburg argumente, Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin, https://www.rosalux.de/publikation/id/52876/wohnen-muss-beheizbar-bleiben

Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut (2024): Tariflöhne steigen 2024 nominal um durchschnittlich 5,5 Prozent – Reallohnzuwachs von 3,2 Prozent gibt erstmals wieder einen kräftigen Kaufkraftschub, Pressemittelung vom 6.12.2024, www.wsi.de/de/pressemitteilungen-15991-nominale-tarifloehne-steigen-2024-65447.htm

ANHANG

SOZIO–DEMOGRAFIE

	Total
Basis (=100 %)	1.012
	%
Geschlecht	
männlich	50
weiblich	50
Alter	
bis 19 Jahre	3
20 bis 29 Jahre	13
30 bis 39 Jahre	15
40 bis 49 Jahre	15
50 bis 59 Jahre	20
60 bis 69 Jahre	15
70 Jahre und älter	20
Schulbildung	
Volks- oder Hauptschule	35
weiterbildene Schule, ohne Abitur	29
Abitur	14
Studium	21
Schüler*innen	1
Berufstätigkeit	
berufst. einschließl. vorüber-gehend arbeitslos	59
nicht berufstätig (Rentner, Auszu-bildende, Schüler, Studenten usw.)	41

	Total
Basis (=100 %)	1.012
	%
Haushaltsgröße	
1 Person	25
2 Personen	39
3 Personen	16
4 Personen	12
5 Personen und mehr	8
Haushaltsnettoeinkommen	
bis unter 1.500 Euro	15
1.500 bis unter 2.500 Euro	15
2.500 bis unter 3.500 Euro	14
3.500 Euro und mehr	43
keine Angabe	14
BIK-Stadtregion	
bis unter 5.000 Einwohner*innen	4
5.000 bis unter 20.000	8
20.000 bis unter 100.000	21
100.000 bis unter 500.000	31
500.000 und mehr	36

Anmerkung: Aufgrund von Rundungs-differenzen kann es gelegentlich zu einer Abweichung zu 100 Prozent kommen.

IMPRESSUM

Herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung
V. i. S. d. P.: Alrun Kaune-Nüßlein
Straße der Pariser Kommune 8A · 10243 Berlin · www.rosalux.de
ISBN 978-3-948250-98-0 · Redaktionsschluss: Februar 2025
Lektorat: TEXT-ARBEIT, Berlin
Layout/Satz: MediaService GmbH Druck und Kommunikation

Diese Publikation ist Teil der Öffentlichkeitsarbeit
der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Sie wird kostenlos abgegeben
und darf nicht zu Wahlkampfzwecken verwendet werden.

www.rosalux.de